



Haushalt 2023: Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und WGK für Maßnahmen zur Umsetzung des Kreisaktionsplans zur UN- Behindertenrechtskonvention

VO/2022/070	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 09.11.2022
<i>FB 4 Soziales, Arbeit und Gesundheit</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Katrin Schliszio

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
17.11.2022	Sozial- und Gesundheitsausschuss (Beratung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Entfällt

Beschlussvorschlag

Ein Beschlussvorschlag erfolgt nach Beratung in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem der Anlage beigefügten Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und WGK vom 08.11.2022.

Finanzielle Auswirkungen

200.000,-- Euro

Anlage/n:

1	Haushalt 2023_Antrag_B90-Gruene_WGK_Umsetzung Kreisaktionsplan UN Behindertenrechtskonvention
---	---



Rendsburg, den 8. November 2022

Zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17. November 2022

beantragen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und WGK:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag:

Für Maßnahmen zur Umsetzung des Kreisaktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention wird insgesamt ein Betrag von 200.000 € in den Haushalt des Jahres 2023 eingestellt.

Die Freigabe der Mittel für einzelne Maßnahmen erfolgt durch den Hauptausschuss.

Begründung

Mit dem Kreisaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat der Kreistag Maßnahmen beschlossen, um die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Kreis zu verbessern. Hierzu zählen unter anderem:

Aufklärungskampagnen zur Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

barrierefreie Gestaltung der Kreishomepage und Informationen über barrierefreie und inklusive Angebote auf der Homepage

barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Barrierefreiheit von öffentlichen Verwaltungs- und Schulgebäuden sowie Sport- und Bildungseinrichtungen

Sicherung der unabhängigen Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung und Erweiterung in ein dezentrales Angebot in der Fläche entsprechend den Sozialräumen nach dem Bundesteilhabegesetz

jährliche Beteiligungskonferenz für Menschen mit Behinderung, Trägervertreter, Verwaltung und der Politik

ausreichend personelle und fachliche Ressourcen in der Eingliederungshilfe für die Teilhabeplanung

Die vom Kreistag beschlossenen Maßnahmen bedürfen der weiteren Umsetzung im Kreis. In den Kreishaushalt ist bisher ein Betrag von 500.000 € für den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen eingestellt (Teilhaushalt 547100 Förderung des ÖPNV) Für die Umsetzung von darüber hinausgehenden Maßnahmen aus dem Kreisaktionsplan bedarf es einer entsprechenden Finanzierung im Haushalt des Jahres 2023.

Mit Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 22. September 2022 hat dieser bereits empfohlen, die im Haushaltsjahr 2022 angesetzten, aber nicht verbrauchten Gelder in Höhe von 100.000 € auf das Jahr 2023 zu übertragen. Für das neue Haushaltsjahr 2023 ist ein weiterer Betrag von 100.000 € angemessen, so dass insgesamt 200.000 € in den Haushalt 2023 eingestellt werden sollen.

In Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung sollen im Sozial- und Gesundheitsausschuss zu Beginn des Jahres 2023 Maßnahmen benannt und priorisiert werden, die aus dem Maßnahmenkatalog des Kreisaktionsplans noch der Umsetzung bedürfen. Anschließend soll die Umsetzung eingeleitet werden.

Als Verfahren wird vorgeschlagen, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss in Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung eine Empfehlung ausspricht und die Freigabe der Mittel durch den Hauptausschuss erfolgt.

Christine von Milczewski
für die Fraktion
Bündnis90/Die Grünen

Ingrid Schäfer-Jansen
für die WGK-Fraktion